



**Pressemitteilung
Luxemburg, den 12. Januar 2017**

Die EU-Hilfe für Honduras war bedarfsgerecht, Armut und Gewalt sind jedoch nach wie vor weitverbreitet, so die Prüfer

Wie aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervorgeht, hat die EU-Hilfe für Honduras zu einer Reihe positiver Entwicklungen beigetragen, die allgemeine Lage in dem Land bleibt jedoch besorgniserregend. Die Armut hat zugenommen, während sich die Waldfläche verringert hat. Gewalt ist nach wie vor weitverbreitet und die Mordrate sehr hoch.

Die Prüfer untersuchten, wie die Europäische Kommission die Entwicklungshilfe für Honduras verwaltet hatte und inwieweit die entsprechenden Ziele erreicht wurden. Insgesamt wurde die EU-Hilfe von 223 Millionen Euro im Zeitraum 2007-2013 auf 235 Millionen Euro im Zeitraum 2014-2020 aufgestockt. Untersucht wurden die vorrangigen Sektoren Armutsbekämpfung, Forstwirtschaft, Sicherheit und Recht.

Die EU-Maßnahmen waren relevant und führten im Allgemeinen zu den erwarteten Outputs, so die Prüfer, allerdings wurden die Auswirkungen der Hilfe durch die schwierigen Bedingungen in dem Land sowie durch zahlreiche Schwachstellen bei der Verwaltung beeinträchtigt. Der Ansatz der Kommission war nicht gezielt genug, und die Finanzhilfe wurde auf viele verschiedene Bereiche verteilt. Dadurch erhöhte sich das Risiko, dass die Auswirkungen der Hilfe abgeschwächt werden. Darüber hinaus stellten die Prüfer Schwachstellen bei der Überwachung durch die Kommission fest.

"Honduras ist mit großen entwicklungspolitischen Herausforderungen konfrontiert", so Bettina Jakobsen, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Um den EU-Ansatz zu stärken, muss die Kommission sowohl ihre Kohärenz als auch ihren Fokus verbessern."

Wenngleich es in Honduras eine gute Struktur zur Koordinierung der Geber gibt, war die tatsächliche Zusammenarbeit relativ begrenzt, was in einigen Fällen zu Überschneidungen bei den Hilfsmaßnahmen führte. Die Kommission strebt ab 2018 eine gemeinsame Programmplanung mit den EU-Mitgliedstaaten an.

Sie hat Strategien entwickelt, um in verschiedenen Bereichen auf strukturierte Art und Weise einen konstruktiven politischen Dialog mit der Regierung von Honduras zu führen. Dies ist den Prüfern zufolge ein

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des vom Europäischen Rechnungshof angenommenen Sonderberichts. Der vollständige Bericht ist auf der Website des Hofes www.eca.europa.eu abrufbar.

ECA Press

Mark Rogerson - Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer - Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu

@EUAuditors

eca.europa.eu

bewährtes Verfahren, wenngleich nicht schriftlich bewertet wurde, inwieweit die Ziele erreicht wurden.

Aufgrund der instabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen und des schwachen öffentlichen Finanzmanagements war die Budgethilfe in Honduras mit beträchtlichen Risiken verbunden. Der Kommission gelang es zwar, diese Risiken teilweise abzuschwächen, allerdings bewertete sie die Zulässigkeit von Budgethilfen nicht auf ausreichend strukturierte Art und Weise, sodass gezeigt werden könnte, inwiefern die von dem Land erzielten Fortschritte klar definierten Benchmarks und Zielvorgaben entsprechen.

Zudem reagierte die Kommission nicht immer konsequent, wenn Honduras die Voraussetzungen für den Erhalt der Budgethilfe nicht erfüllte. Dadurch hat sie widersprüchliche Signale ausgesandt, die der Wirksamkeit der Hilfe abträglich sein könnten.

Die Prüfer unterbreiten eine Reihe von Empfehlungen, wie die Kommission den Ansatz der EU, die Verwaltung von Budgethilfemaßnahmen, die Messung der Leistung von EU-Maßnahmen und den politischen Dialog in den vorrangigen Sektoren stärken kann.

Hinweise für den Herausgeber

Honduras ist ein Land in Zentralamerika mit knapp über 8 Millionen Einwohnern. Fast 70 % der Einwohner sind von Armut betroffen, wobei fast 40 % in großer Armut leben. Die makroökonomische Instabilität wurde als eine der Ursachen für das geringe Wirtschaftswachstum und die unzureichende Armutsbekämpfung ermittelt. Darüber hinaus ist Honduras als Land bekannt, das von hoher Gewalttätigkeit geprägt ist und weltweit eine der höchsten Mordraten pro Kopf aufweist. Neben Straflosigkeit und Korruption ist dies ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung in Honduras.

In den vergangenen Jahren haben die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Zusammenarbeit mit Honduras ausgebaut, insbesondere durch die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens im Jahr 2012. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit hat die EU dem Land im Rahmen von Projekten und Budgethilfe bereitgestellt.

Der Sonderbericht Nr. 30/2016 "Wirksamkeit der EU-Unterstützung für vorrangige Sektoren in Honduras" ist in 23 EU-Sprachen verfügbar.